



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Gabriella Wenzel

Wiesbaden, 04.06.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 11. Juni 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 07.05.2025**
2. **(Jährlicher) Bericht kommunales Sprachförderprogramm Deutsch**
3. **Bericht über die Jungenberatungsstelle von Wildwasser e.V.**

3.1 25-F-22-0023

ANLAGE

Bestandsaufnahme - Ein Jahr Jungenberatungsstelle

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 12.03.2025 -

- Beschluss Nr. 0036 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie
vom 19.03.2025 -

4. 25-F-63-0038

Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern- und Jugendlichen stärken

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.06.2025 -

Neben der Zielgruppe der Jugendlichen, die unter anderem über das JIZ (Jugendinformationszentrum) gut erreicht wird, ist im Rahmen der World Design Capital 2026 ein Projekt in Planung, das bereits die Jüngsten in den Stadtteilen in den Blick nimmt. Das von der Schulsozialarbeit initiierte Projekt „Auf die PLÄTZE los!“ ermöglicht Grundschulkindern, ihren Stadtteil zu erkunden, Ideen wie Spielstraßenfeste zu entwickeln und aktiv an der Gestaltung mitzuwirken. Ziel ist es, Beteiligung auf niedrigschwellige Weise zu fördern und demokratische Erfahrungsräume frühzeitig zu schaffen. Darüber hinaus findet bereits viel Engagement in den Stadtteilzentren statt - etwa durch Angebote wie „Mini Wiesbaden“ oder die mobile Jugendarbeit in den östlichen Stadtteilen. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie unter Druck steht und junge Menschen digitaler Einflussnahme oft ungeschützt ausgesetzt sind, sind solche früh ansetzenden Beteiligungsangebote von zentraler Bedeutung. Sie ermöglichen es, demokratische Werte aktiv zu erleben und zu festigen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene hat an Bedeutung gewonnen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Inwieweit können sich Kinder und Jugendliche bereits jetzt an Entscheidungen und der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen? Welche Einrichtungen und Formate für eine Beteiligung gibt es und wie werden diese angenommen?
2. welche Angebote für Kinder und Jugendliche zur Stärkung des Demokratieverständnisses in Wiesbaden existieren und wie diese in Anspruch genommen werden
3. Welche Möglichkeiten zur Bewerbung von Beteiligungs- und Bildungsangeboten werden genutzt?

5. 25-F-22-0061

KiTa-Öffnungszeiten: Flexible Betreuung statt starrer Zeiten
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.06.2025 -

In Wiesbaden besteht eine wachsende Diskrepanz zwischen den Arbeitszeiten vieler Eltern und den Öffnungszeiten städtischer Kindertagesstätten. Der Bedarf an frühkindlicher Bildung und verlässlicher Betreuung ist hoch - insbesondere für Alleinerziehende, berufstätige Paare im Schichtdienst oder Familien mit atypischen Arbeitszeiten.

Flexible Kita-Zeiten sind kein Luxus, sondern ein Gebot der Zeit. Sie ermöglichen Eltern, Beruf und Familie eigenverantwortlich zu vereinbaren. Die Stadt hat die Chance, ein modernes, elternfreundliches Signal zu setzen und mit einem Pilotprojekt konkrete Erfahrungen zu sammeln.

Denkbare Modelle umfassen Früh- und Spätbetreuungen, Wochenendöffnungen sowie die Möglichkeit zur Buchung flexibler Zeitkontingente durch Eltern. Gleichzeitig kann durch ein solches Angebot die städtische Betreuungslandschaft familienfreundlich weiterentwickelt werden. Die Auswertung des Projekts schafft Entscheidungsgrundlagen für eine breitere Umsetzung.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine bedarfsorientierte Elternbefragung durchzuführen, um Umfang, Uhrzeiten und bevorzugte Angebotsformate für flexible Betreuungszeiten in städtischen Kitas zu ermitteln;
2. die Personal-, Raum- und Finanzierungserfordernisse für einen dauerhaften Betrieb solcher flexiblen Modelle zu ermitteln und dem zuständigen Ausschuss zu berichten;
3. auf Basis der Ergebnisse der Elternbefragung ein Pilotprojekt zur Erprobung flexibler Öffnungszeiten in ausgewählten städtischen Kitas (mindestens eine Krippe, eine Einrichtung mit Elementarbereich) zu entwickeln und umzusetzen.

6. 25-F-15-0025

Zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Unterstützungsbedarf in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 03.06.2025 -

Das Phänomen der sogenannten „Systemsprenger“ wird in der öffentlichen Diskussion nur selten aufgegriffen. Dies liegt unter anderem daran, dass es sich häufig um Einzelfälle handelt, die jedoch durch ihr herausforderndes Verhalten besondere Anforderungen an die Jugendhilfe stellen.

Aktuellen Berichten zufolge erhalten in einigen Gemeinden etwa 10% der jungen Menschen die besonderen Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII. Dabei können in Einzelfällen die Kosten für besonders intensive Unterstützungsmaßnahmen bis zu 25% des Jugendhilfeeats ausmachen.

Als „Systemsprenger“ bezeichnet man Kinder und Jugendliche, für die bislang keine geeigneten Hilfsangebote erfolgreich greifen. Aufgrund ihres Verhaltens sind sie schwer in bestehende Maßnahmen integrierbar und bedürfen besonderer Betreuungskonzepte.

Vor diesem Hintergrund ist einmal zu klären, ob und wie die kommunale Sozialverwaltung in Wiesbaden mit „Systemsprengern“ grundsätzlich umgeht.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob in Wiesbaden überhaupt bei den Kindern und Jugendlichen „Systemsprenger“ betreut werden müssen,
2. wie sich die Ausgaben für diese Zielgruppe in den letzten Jahren entwickelt haben,
3. welche Maßnahmen für diese Kinder und Jugendlichen konkret durchgeführt und wie deren Erfolge und Wirkungen bewertet werden und
4. welche Herausforderungen die Verwaltung in der Betreuung dieser Zielgruppe sieht und welche Strategien ggf. in Zukunft verfolgt werden, um die Hilfen zu verbessern?

7. 25-F-63-0037

Vorstellung der Arbeit des Kompetenzzentrums Vielfalt Hessen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 30.04.2025 -

Mit dem Landesprogramm „WIR -Vielfaltszentren“ werden die Ziele Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die Entwicklung von Strategien zur vielfaltsorientierten Öffnung sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune verfolgt. Dadurch soll die Umsetzung einer zukunftsorientierten Integrationspolitik unterstützt werden.

Das Kompetenzzentrum Vielfalt ist dabei ein wichtiges Projekt im Rahmen des WIR-Programms: So bilden sie u.a. Integrationslotsen aus, sind in der Vernetzung der Akteur*innen aktiv und etablieren Qualitätsstandards, um migrantische Vereine vor Ort zu stärken.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich bereits 2016 dem Landesprogramm WIR angeschlossen und dafür eine Koordinationsstelle eingerichtet (besetzt mit zwei WIR-Koordinatoren). Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen in der interkulturellen Öffnung des Kulturbereichs, sowie die Sozialraumentwicklung im Sinne der Willkommens- und Anerkennungskultur.

Im Rahmen einer Neugestaltung des Programms (2021) seitens des Landes kamen die Förderung und Beratung gemeinnütziger Migrantenvereine und die Entwicklung kommunaler Vielfalts- und Integrationsstrategien in Kommunen als feste Förderbestandteile hinzu. Um dem gerecht zu werden, etablierte die Stadt eine Anlaufstelle für Migrationsorganisationen, um die Kooperation zwischen migrantischen Vereinen und der Stadtverwaltung zu stärken.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Vertreter*innen aus dem Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen einzuladen, um ihre Arbeit vorzustellen und über ihre Zusammenarbeit mit den in diesem Bereich tätigen Vereinen und der Landeshauptstadt Wiesbaden zu berichten. Dabei ist es auch wichtig zu erfahren, wie sie aufgestellt sind und welche Entwicklungschancen und -bedarfe gesehen werden.

8. 25-F-63-0039

Gerontologisches regionales Netzwerk für Wiesbaden (GereNETZ)

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.06.2025 -

Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl älterer Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf sowie der strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen und in der Altenarbeit kommt der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger eine immer größere Bedeutung zu. Die Stadtgesellschaft hat eine große Verantwortung, Prävention, soziale Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und damit Lebensqualität und Gesundheit zu stärken und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. In der Abteilung Altenarbeit im Amt für Soziale Arbeit wird dies den Bürgerinnen und Bürgern unter anderem durch die Netzwerkarbeit des GereNETZ ermöglicht.

Das Gerontologische regionale Netzwerk für Wiesbaden (GereNETZ) ist in der Abteilung Altenarbeit angesiedelt. Seit Beginn der Netzwerkarbeit im Jahr 2000 wird die Arbeit durch das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg wissenschaftlich begleitet.

Zielgruppe des GereNETZ sind ältere Menschen mit Versorgungsbedarf. Das GereNETZ hat sich an der Schnittstelle Altenarbeit und Gesundheitswesen zum Ziel gesetzt, ältere Menschen darin zu bestärken, länger selbständig alleine leben zu können.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über die Arbeit des Gerontologischen regionalen Netzwerks für Wiesbaden (GereNETZ) zu berichten, verbunden mit einer Einladung von Vertretern des Netzwerks in den Ausschuss 27.08.25.

9. 25-F-02-0004

ANLAGE

Zukunftsfähige Aufstellung der Pflege in Wiesbaden

- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2025 -

- Beschluss Nr. 0150 der Stadtverordnetenversammlung vom 22.05.2025 -

10. 25-A-79-0009

ANLAGE

Inklusive Stadtgesellschaft

- Antrag aus dem Jahresgespräch 2025 mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit am 19.03.2025 -
- Beschluss Nr. 0052 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 07.05.2025 -
- Bericht des Dezernates V vom 07.05.2025 -

- Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

11. 25-I-30-0002

ANLAGE

Prävention gegen Fake News, Hate Speech und Förderung von Medienkompetenz

- Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 -
- Beschluss Nr. 0095 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 14.05.2025 -

12. 25-I-30-0005

ANLAGE

Erhöhung des Budgets des Ausländerbeirats für die Förderung von Vereinen

- Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 -
- Beschluss Nr. 0096 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 14.05.2025 -

13. 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

13.1 Aktuelle Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung

13.2 Probleme mit dem System „KM Ausländer“

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 25-V-51-0009

DL 10/25-10

Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses (JHA)

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender